

Anfragen zum Plenum in der 10. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Nachdem die Staatsregierung im Zuge des Nachtragshaushalts der Forderung der FREIEN WÄHLER nach zusätzlichen Richterstellen zur Beschleunigung von Asylverfahren nachgekommen ist, frage ich sie, wie viele zusätzliche Richterinnen und Richter haben mittlerweile ihren Dienst aufgenommen bzw. werden ihn aufnehmen (ggf. bitte Datum des Dienstantritts angeben) und ist die Staatsregierung auch der Meinung, dass mit mehr Justizpersonal Asylverfahren beschleunigt werden können, insbesondere auch Klagen gegen ablehnende Asylbescheide schneller abgearbeitet werden können?

Horst Arnold
(SPD)

Angesichts der ausgelaufenen Zulassung des Mittels „Dimilin“ zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinner frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie plant, um eine wirksame Bekämpfung des Eichenprozessionsspinner auch in der Zukunft zu gewährleisten, insbesondere im Hinblick auf die bisherige Bewertung des Mittels Dimilin hinsichtlich der Eignung und Umweltverträglichkeit und wird gegebenenfalls eine Wiederezulassung erwogen?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, plant sie in absehbarer Zeit eine Forcierung des sozialen Wohnungsbaus, um der gestiegenen Nachfrage nach günstigem Wohnraum gerecht zu werden und wie bewertet die Staatsregierung die Initiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, den sozialen Wohnungsbau mit einem Bundesprogramm stärker zu fördern?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.
Peter Bauer**
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe sind die Verluste der Landesbanktöchter HGAA und MKB zu beziffern, die letztendlich der Steuerzahler ausgleichen muss und wie haben sich die Prognosen der Staatsregierung zu dieser Gesamtproblematik, also aller Landesbanktöchter, wie sie jeweils der Öffentlichkeit mehrfach präsentiert wurden, in den vergangenen Jahren geändert?

Margarete Bause
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ob es nach ihrer Kenntnis zutrifft, dass die afghanische Regierung sich gegenüber der Bundesregierung lediglich zur Rücknahme freiwillig ausreisender Afghanen

bereit erklärt hat, wie viele afghanische Flüchtlinge aus Bayern sollen im Rahmen des Bundesprogrammes zurückgeführt werden, und aufgrund welcher Vereinbarungen plant Bayern die Durchführung eigener Abschiebungen von nicht ausreisewilligen Afghanen außerhalb des Bundesprogramms?

Susann Biedefeld
(SPD)

Da die Diskussion über die Fusion der Städte Neustadt bei Coburg und Sonneberg in Thüringen bzw. der Landkreise Coburg, Hildburghausen und Sonneberg in Thüringen an Dynamik gewinnt, frage ich die Staatsregierung, wie bewertet sie das Ansinnen der Thüringer Städte und Landkreise Sonneberg und Hildburghausen mit dem Landkreis Coburg bzw. der Stadt Neustadt bei Coburg zu fusionieren, unter welchen rechtlichen Voraussetzungen wäre eine Fusion der Städte bzw. der Landkreise Bayerns und Thüringens möglich und gab es schon einmal eine vergleichbare Fusion kommunaler Gebietskörperschaften zwischen Bayern und einem angrenzenden Bundesland?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem erst vor kurzem lokale Medien über eine Rutschung bzw. einen Geröllabgang auf den Riedbergpaß im Landkreis Oberallgäu berichtet haben, frage ich die Staatsregierung, wie viele Rutschungen, Geröllabgänge oder Muren gab es seit dem 1. Januar 2010, die vom Riedberger Horn ausgingen – insbesondere aus den Bereichen, durch die die neue geplante Piste des Skigebiets Grasgehren-Balderschwang gehen würde –, welche Schäden wurden dadurch angerichtet und welche Maßnahmen haben die Behörden in den letzten zehn Jahren ergriffen, um solche Ereignisse und damit verbundene Personen- und Sachschäden zu verhindern?

Kerstin Celina
(GRU)

Nachdem die Veröffentlichung der aktuellen Zahlen des Bayerischen Landesamts für Statistik einen Rückgang der Wohnungsbaugenehmigungen im Regierungsbezirk Unterfranken von 6,8 Prozent verzeichnet, frage ich die Staatsregierung, welche Gründe es für diesen Rückgang gibt, ggf. welche Kriterien für die Wohnungsbaugenehmigungen (aufgeschlüsselt nach kreisfreien Städten, Landkreisen, Antragsteller) nicht erfüllt wurden und welche Kriterien erfüllt werden müssen, um von den 2,6 Mrd. Euro vom Wohnungspakt Bayern zu profitieren?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Nachdem vorgesehen ist, das Fränkische Landesmuseum in der Festung Marienberg unterzubringen, die Festung insbesondere für ältere Besucher aber nur schwer zu erreichen ist, frage ich die Staatsregierung, ob in ihrem Konzept ein Aufzug geplant ist, wenn ja, wer dafür die Kosten übernehmen wird und wie hoch sie voraussichtlich sein werden?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kosten entstanden insgesamt durch die bayerische Auswertung und Veröffentlichung des Freiwilligensurveys 2009, wie setzen sich diese Kosten zusammen und wann ist mit einer Veröffentlichung der bayerischen Sonderauswertung der aktuellen Datenerhebung 2016 zu rechnen?

Martina Fehlner
(SPD)

Angesichts der Pläne zum Ausbau der Bundesstraße 26 zwischen Stockstadt und Aschaffenburg (Darmstädter Straße) frage ich die Staatsregierung, welche Planungsvariante wird von ihr favorisiert bzw. aktuell verfolgt, wie ist der aktuelle Stand der Maßnahme und welche Pläne gibt es bezüglich eines weiteren vierspurigen Ausbaus bis zum Anschluss an den Stadtring Aschaffenburg?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele als Schulpsychologin bzw. -psychologe ausgebildete und im staatlichen Schulsystem eingesetzte Lehrkräfte (Personen) haben im laufenden Schuljahr 2015/2016 keine Anrechnungen für die Tätigkeit als Schulpsychologin bzw. -psychologe erhalten (bitte aufschlüsseln nach dem Regierungsbezirk und der Schulart), wie viele als Schulpsychologin bzw. -psychologe ausgebildete und im staatlichen Schulsystem eingesetzte Lehrkräfte (Personen) haben im Schuljahr 2014/2015 keine Anrechnungen für die Tätigkeit als Schulpsychologin bzw. -psychologe erhalten haben (bitte aufschlüsseln nach dem Regierungsbezirk und der Schulart) und welche Gründe liegen dafür vor?

Dr. Linus Förster
(SPD)

Nachdem die letzten Gefangenen und Untersuchungshäftlinge nunmehr aus der Karmelitengasse in Augsburg in die neue Justizvollzugsanstalt (JVA) Augsburg-Gablingen umgezogen sind und sowohl der Gebäudekomplex Karmelitengasse als auch der Gebäudekomplex im Stadtteil Hochfeld der ehemaligen JVA in Augsburg leer stehen und für den Bereich Hochfeld bekannt ist, dass Justiz, Polizei und andere Sicherheitsbehörden die Gebäude noch kurzzeitig für Trainingsmaßnahmen nutzen wollen, für die Karmelitengasse jedoch keine offiziellen Pläne des Freistaats Bayern bekannt sind, frage ich die Staatsregierung hinsichtlich der Immobilie im Stadtteil Hochfeld, zu welchem Zeitpunkt sie bereit ist festzustellen, dass die Immobilie nicht mehr für und durch den Freistaat Bayern genutzt wird bzw. welche Gründe ggf. – detailliert zu begründen – noch dagegen stehen, dies festzustellen und ab wann sie bereit ist, über die Immobilien Freistaat Bayern, welche für die Verwertung der Grundstücke zuständig ist, mit der Stadt Augsburg bzw. der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Augsburg (WBG) Verhandlungen über eine Nutzung auch für den sozialen Wohnungsbau zu führen?

Markus Ganserer
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihr Erkenntnisse vorliegen, welche Aufgabenträger des öffentlichen Personennahverkehrs in Bayern Nahverkehrspläne aufgestellt haben, welche Kommunen in Bayern Verkehrsentwicklungspläne, Gesamt- oder Generalverkehrspläne aufgestellt haben sowie inwieweit die Leitlinie zur Nahverkehrsplanung in Bayern des damaligen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie noch aktuell ist?

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
(SPD)

Nachdem laut Ministerratsbeschluss die Deradikalisierungsarbeit durch eine zentrale Beratungsstelle, die von einem zivilgesellschaftlichen Träger betrieben wird, gewährleistet werden soll und das Bayerische Landeskriminalamt derzeit ein Vergabeverfahren

zur Gewinnung eines geeigneten Trägers durchführt, frage ich die Staatsregierung, wann ist dieses Vergabeverfahren angelaufen, wann ist damit zu rechnen, dass ein geeigneter Träger gefunden wird, und wie erklärt die Staatsregierung vor dem Hintergrund der aktuellen Sicherheitslage die lange Zeitspanne, bis die zentrale Beratungsstelle endlich die Arbeit aufnehmen kann?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Plätze in den Clearingstellen Bayerns derzeit nicht (mehr) besetzt sind, wie lange es durchschnittlich dauert, bis die in Bayern angekommenen minderjährigen Flüchtlinge aus der vorläufigen Inobhutnahme in andere Bundesländer verlegt werden und inwieweit fördert die Staatsregierung die Weitergabe von Wissen und Erfahrungen bayerischer Einrichtungen an Einrichtungen und Landkreise in anderen Bundesländern?

Eva Gottstein
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wann treten die Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWAs) 2016 in Kraft, welche Fördervoraussetzungen gelten für die jeweils förderfähigen baulichen Maßnahmen und welche Möglichkeiten bestehen zur Erhöhung des Gesamtfördervolumens für den Fall, dass die geplanten 30 Mio. Euro pro Jahr nicht ausreichen?

Harald Güller
(SPD)

Nachdem die letzten Gefangenen und Untersuchungshäftlinge nunmehr aus der Karmelitengasse in Augsburg in die neue Justizvollzugsanstalt (JVA) Augsburg-Gablingen umgezogen sind und sowohl der Gebäudekomplex Karmelitengasse als auch der Gebäudekomplex im Stadtteil Hochfeld der ehemaligen JVA in Augsburg leer stehen und für den Bereich Hochfeld bekannt ist, dass Justiz, Polizei und andere Sicherheitsbehörden die Gebäude noch kurzzeitig für Trainingsmaßnahmen nutzen wollen, für die Karmelitengasse jedoch keine offiziellen Pläne des Freistaats Bayern bekannt sind, frage ich die Staatsregierung hinsichtlich der Immobilie Karmelitengasse, zu welchem Zeitpunkt sie bereit ist festzustellen, dass die Immobilie nicht mehr für und durch den Freistaat Bayern genutzt wird bzw. welche Gründe ggf. – detailliert zu begründen – noch dagegen stehen, dies festzustellen und ab wann sie bereit ist, über die Immobilien Freistaat Bayern, welche für die Verwertung der Grundstücke zuständig ist, mit der Stadt Augsburg bzw. der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Augsburg (WBG) Verhandlungen über eine Nutzung auch für den sozialen Wohnungsbau zu führen?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Unter Bezugnahme auf die Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr (StMI) vom 13. Dezember 2015 auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Markus Rinderspacher betreffend „Sanierungsbedarf der Staatsstraßen in den Regierungsbezirken und Landkreisen (Oberpfalz, Oberfranken, Unterfranken und Mittelfranken)“ auf Drs. 17/9544, wonach in Unterfranken für 740,4 Staatsstraßenkilometer und damit für 39,3 Prozent des unterfränkischen Staatsstraßennetzes grundlegende Sanierungen erforderlich sind, frage ich die Staatsregierung, für welche Streckenabschnitte (geordnet nach Landkreisen und kreis-

freien Staatsstraßen, betroffene Gemeinden, Straßenummer und Straßenkilometer) dies konkret gilt, welche Sanierungsmaßnahmen im Jahr 2016 konkret vorgenommen werden sollen (geordnet wie oben, ergänzt jeweils um die geschätzten Kosten) und in welchem Umfang das StMI bzw. die Staatsregierung im Hinblick auf den Sanierungsstau im Entwurf des Doppelhaushaltes 2017/2018 höhere Mittel für Staatsstraßensanierungen vorsehen wird?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylsuchende in den Jahren 2015 und 2016 pro jeweiligem Monat nach dem Königsteiner Schlüssel Bayern zugewiesen wurden (bitte jeweils die monatlichen Gesamtzahlen für Bayern und den entsprechenden Anteil der insgesamt in Deutschland zugewiesenen Asylsuchenden angeben), ob Bayern nach dem Königsteiner Schlüssel folglich pro jeweiligem Monat zu wenige oder zu viele Asylsuchende aufgenommen hat und wie viele Asylsuchende aktuell in Erstaufnahmeeinrichtungen, Notunterkünften und Gemeinschaftsunterkünften in Bayern untergebracht sind (bitte nach Unterbringungsarten und Regierungsbezirken aufgliedern)?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ist es zutreffend, dass konventionell bewirtschaftete landwirtschaftliche Betriebe keine Heumilchprämie bekommen können und wenn ja, warum?

Erwin Huber
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Stand der Planung für die bauliche Verbesserung der Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Landau a. d. Isar und in Landshut (sog. Grünes Zentrum)?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen sind in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Mühldorf am Inn in Abschiebehaft untergebracht (Kapazität und tatsächliche Belegung bitte angeben), haben diese Abschiebehäftlinge Zugang zu Sozialberatung und Anwälten außerhalb der JVA und wo sind neben der JVA Mühldorf am Inn noch Abschiebehäftlinge untergebracht (bitte die einzelnen Justizvollzugsanstalten und die Zahl der Abschiebehäftlinge in den Einrichtungen nennen)?

Annette Karl
(SPD)

Nachdem der Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, in der Pressekonferenz am 2. März 2016 angekündigt hat, dass beim Stromtrassenverlauf durch Bayern mit neuen Regelungen im Landesentwicklungsprogramm (LEP) ausreichend Abstand zwischen Freileitungen und Wohnbebauung geschaffen werden soll, wobei hierfür in Ortschaften ein Mindestabstand von 400 Metern zur Wohnbebauung, außerhalb von Ortschaften ein Abstand von 200 Metern gelten soll, frage ich die Staatsregierung, wie und nach welchen Richtlinien die Bezirksregierungen und Landratsämter dieser Vorgabe ab sofort folgen sollen, obwohl es noch nicht einmal einen gültigen Kabinettsbeschluss dazu gibt und noch weniger ein durch den Landtag beschlossenes Gesetz dazu gibt?

Dr. Herbert Kränzlein
(SPD)

Nachdem in der Sitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen vom 25. November 2015 alle Fragen zum Thema „Zuführungen zum Pensionsfond für Staatsbedienstete“ nicht beantwortet werden konnten und eine schriftliche Nachberichterstattung seitens des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat zugesagt wurde und bis heute noch keine Antwort erfolgt ist, frage ich die Staatsregierung, wie hoch die Diskrepanz zwischen der früheren Maximalzuführung und der im Nachtragshaushalt 2016 beschlossenen Zuführung von 100 Mio. Euro an den bayerischen Pensionsfond ist?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihr bekannt ist, wie hoch der Gesamtjahresverbrauch der Stadt und des Landkreises München von glyphosathaltigen Spritzmitteln ist, wo kommen diese Spritzmittel zum Einsatz und gibt es Bestrebungen diesen Einsatz zu reduzieren?

Ulrich Leiner
(GRU)

Nachdem bei der Enthornung von Ziegenkitzen sowohl bei den Hobby-Ziegenhaltern als auch bei professionellen Ziegenhaltern eine große Unsicherheit besteht, frage ich die Staatsregierung, ist das Enthornen von Ziegenkitzen auch nach § 61 Abs. 1 Nr. 3 des Tierschutzgesetzes zulässig, wenn die Notwendigkeit der Enthornung besteht, ist eine Enthornung durch den Tierhalter mit den Mitteln möglich, mit denen das auch in der Kälberhaltung geschieht und auf welcher rechtlichen Grundlage ist das Enthornen von Ziegenkitzen in Bayern grundsätzlich verboten?

Andreas Lotte
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, für welche der staatlichen Grundstücke des Landes Bayern in München und im Münchener Umland, die für den Geschosswohnungsbau geeignet sind, liegen derzeit konkrete Pläne vor, um Asylbewerberinnen bzw. -bewerber und Geflüchtete unterzubringen, Wohnraum für Staatsbedienstete zu schaffen oder anderweitig Wohnraum zu schaffen?

Peter Meyer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es bereits konkrete Pläne und eine Zeitplanung, um das Staatsinstitut zur Ausbildung von Fachlehrern vom derzeitigen Standort am Geschwister-Scholl-Platz in Bayreuth an einen anderen Standort in Bayreuth zu verlegen, würde man für eine Verlagerung – zu welchem Zeitpunkt auch immer – einen Alt- oder einen Neubau bevorzugen und welche Summe würde der Freistaat Bayern – sei es als Miete oder Baukosten – dafür investieren?

Jürgen Mistol
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie den Störfall durch eine Staubwolke am 23. Februar 2016 bei HeidelbergCement in Burglengenfeld, liegt ihr von HeidelbergCement eine aktuelle Schwermetallanalyse der betreffenden Charge vor, damit die Gesundheitgefährdung der Bevölkerung ausgeschlossen werden kann und welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus dem Störfall?

Ruth Müller

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Ausbaustand in den Landkreisen Landshut, Straubing-Bogen und Dingolfing beim

- (SPD) Breitbandausbau, welche Gemeinden haben bereits einen Förderantrag gestellt und wie hoch sind die Förderungen im Einzelnen?
- Thomas Mütze**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, inwieweit wurde der Freistaat Bayern durch das sogenannte Schienenkartell, bei dem Schienenhersteller der Deutschen Bahn AG (DB AG) überhöhte Rechnungen gestellt haben und das Bundeskartellamt 2013 hohe Geldbußen verhängt hat, finanziell geschädigt, wie könnten zukünftig Verkehrsverträge gestaltet sein, damit die Bundesländer als Besteller des Schienenpersonennahverkehrs an Schadenersatzleistungen an Eisenbahnverkehrsunternehmen angemessen beteiligt werden können und wie ist der Sachstand der Gespräche mit der DB AG der Länder Bayern, Sachsen und Hessen?
- Verena Osgyan**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, wann genau die Asylsozialberatungs-Richtlinie (AsylSozBR) veröffentlicht wird, wieso sich die Veröffentlichung der AsylSozBR verzögert hat und wie die Staatsregierung eine reibungslose Bekanntmachung und Vermittlung – vor allem in Bezug auf die Neueinstellung von Asylsozialberaterinnen und -berater – gewährleisten will?
- Kathi Petersen**
(SPD) Ergänzend zu meiner Anfrage zum Plenum betreffend „Bekämpfung von neuen psychoaktiven Substanzen bzw. 'Legal Highs' (Drs. 17/10125) frage ich die Staatsregierung, welche Kenntnisse sie darüber hat, warum sich der Konsum der genannten Substanzen im Regierungsbezirk Unterfranken im Vergleich zu anderen bayerischen Regierungsbezirken als – folgt man zahlreichen Medienberichten – besonders dramatisch darstellt, worin sie die Gründe dafür sieht und welche konkreten Maßnahmen sie – neben der Unterstützung des Projekts „mindzone“ – auf Landesebene plant?
- Hans-Ulrich Pfaffmann**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, welche Bauflächen in München und im Münchener Umland plant sie zum Zweck des Geschosswohnungsbaus gegenwärtig aufzukaufen, welche Größen haben die jeweiligen Flächen und wie viel sollen diese jeweils kosten?
- Prof. Dr. Michael Piazzolo**
(FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, wie begründet sie die Erlöse der Digitalen Dividende II in voller Höhe der Finanzierung des Ausbaus des „schnellen Internets“ zugutekommen zu lassen, vor dem Hintergrund, dass insbesondere lokale Hörfunkveranstalter in Bayern große finanzielle Schwierigkeiten haben, die Kosten der Umstellung auf die digitale Hörfunkübertragung alleine zu tragen, welche Maßnahmen, in konzeptueller und finanzieller Hinsicht, plant die Staatsregierung, lokale Hörfunkanbieter beim Vollzug der digitalen Umstellung nachhaltig zu unterstützen, gerade vor dem Hintergrund eines schnell voranschreitenden digitalen Ausbaus des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, um weiteren Wettbewerbsverzerrungen effektiv entgegenzuwirken und welche konkreten Vorschläge und Maßnahmen kann die Staatsregierung in Zukunft erbringen und leisten, um einer Meinungskonzentration im Bereich des lokalen Rundfunks und Hörfunks (wie aus dem KEK-Konzentrationsbericht 2010 und dem MedienVielfalts-Monitor 2015 der Medienanstalten hervorgeht) entgegenzuwirken

und damit den lokalen Bezug und die journalistische Qualität sowie Vielfalt nachhaltig zu sichern?

Doris Rauscher
(SPD)

Da die zusätzliche Förderung von Krippenplätzen im Rahmen der Münchner Förderformel nur für Kinder aus der Stadt München möglich ist und für Kinder aus Umland-Landkreisen die zusätzlichen Fördergelder der Stadt München pro Krippenplatz als Differenzförderung auf freiwilliger Basis von der Heimatgemeinde übernommen werden müssten, damit ein Kind einen solchen Krippenplatz in Anspruch nehmen kann, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat sie hinsichtlich der freiwilligen Differenzförderung durch die Münchner Umlandgemeinden für Betreuungsplätze in nach der Münchner Förderformel geförderten Einrichtungen in der Stadt München, wie können Eltern ihr Wunsch- und Wahlrecht für einen Betreuungsplatz für ihre Kinder nach § 5 des Achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII) realisieren, wenn eine Differenzfinanzierung für einen nach der Münchner Förderformel geförderten Krippenplatz von der Heimatgemeinde abgelehnt wird, und wie gestaltet sich die Situation, wenn Eltern aufgrund ihres Wunsch- und Wahlrechts einen Krippenplatz in einer zusätzlich geförderten Krippe in der Stadt München wählen, da diese ein bestimmtes pädagogisches Konzept anbietet, das zum kommenden Kindergartenjahr in der Heimatgemeinde nicht angeboten werden kann?

Georg Rosenthal
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Behörden und Einrichtungen mit unmittelbarem Sitz in Würzburg und in Kitzingen gemäß Archivgesetz an das Staatsarchiv Würzburg abgabepflichtig sind (mit Bitte um getrennte Auflistung nach Standort, Behörde und Menge der Akten in lfdm)?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Da am Donnerstag, den 3. März 2016 ein Festakt anlässlich „10 Jahre ausgeglichener Haushalt“ im Kaisersaal der Münchener Residenz stattgefunden hat, frage ich die Staatsregierung, wie viele Gäste auf dieser Veranstaltung des Staatsministers der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, bzw. des ausrichtenden Staatsministeriums anwesend waren und welche Kosten für die gesamte Veranstaltung abschließend angefallen sind?

Gabi Schmidt
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wer trägt die Kosten für die in einer Kooperation zwischen Bayerischem Landesamt für Umwelt (LfU) und Bund Naturschutz in Bayern e.V entstandene Broschüre „Artenvielfalt im Biberrevier – Wildnis in Bayern“ (ISBN 978-3-936385-91-5), existieren weitere derartige Kooperationen zwischen LfU und Naturschutzorganisationen und ob das in genannter Publikation gezogene pauschale Fazit, die Vorteile des Bibers überwiegen bzw. dass sich Biber auszahlen, auch die eindeutige Meinung der Staatsregierung widerspiegelt?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche der – gemäß der Schriftlichen Anfrage vom 22. Oktober 2015 des Abgeordneten Markus Rinderspacher betreffend „Sanierungsbedarf der Staatsstraßen in den Regierungsbezirken und Landkreisen (Oberpfalz, Oberfran-

ken, Unterfranken und Mittelfranken)“ auf Drs. 17/9544 – 659,2 km an Staatsstraßen im Regierungsbezirk Mittelfranken sind sanierungsbedürftig (bitte nach Landkreis, Straße und Abschnitt einzeln ausweisen), welcher Kosten bedarf es jeweils und wann konkret sollen die jeweiligen Schäden behoben werden (bitte einzeln angeben)?

Stefan Schuster
(SPD)

Im Zusammenhang mit der vom Ministerrat verabschiedeten Behördenverlagerung nach Gunzenhausen und Weißenburg frage ich die Staatsregierung, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben bereits ihr Einverständnis zu einem Wechsel in den Landkreis gegeben, wie viele Stellen sollen mit dem bestehenden Personal verlagert werden und wie viele Stellen sollen vor Ort neu besetzt werden?

Gisela Sengl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Betriebe, aufgeschlüsselt auf die Landkreise, haben im Jahr 2016 auf die Wirtschaftsweise „Ökologischer Landbau“ umgestellt, wie viele Betriebe haben 2016 eine Heumilchprämie und wie viele Betriebe haben 2016 die Maßnahme B39 „Verzicht auf Intensivfrüchte in wasserwirtschaftlich sensiblen Gebieten“ beantragt?

Kathrin Sonnenholzner
(SPD)

Nachdem im BR-Feature „Mit den Docs auf Schicht: Neurochirurgie“ vom 1. Februar 2016 aus der Reihe Gesundheit! (<http://www.br.de/fernsehen/bayerisches-fernsehen/sendungen/-gesundheit/themenuebersicht/medizin/docs-schicht-neurochirurgie-rechts-der-isar100.html>) der stellvertretende Direktor des Klinikums rechts der Isar München (MRI), Prof. Bernhard Meyer, mehrfach mit einer individuellen OP-Haube mit der klar erkennbaren Werbeaufschrift des Medizintechnikherstellers „ulrich medical“ (<http://www.ulrichmedical.de>) zu sehen ist und dies mindestens ein klarer Verstoß gegen die ärztliche Berufsordnung ist, der auch dem Ruf des Klinikums insgesamt schaden kann, frage ich die Staatsregierung, welche disziplinarischen Maßnahmen gegen den betroffenen Arzt bisher getroffen wurden, ob Untersuchungen über mögliche weitere Verfehlungen in diesem Zusammenhang (z.B. Vorteilsnahme) eingeleitet wurden und ob der Staatsregierung ähnliche Verstöße gegen das Werbeverbot bei Ärztinnen und Ärzten an Uniklinika bekannt sind?

Claudia Stamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen wird den Kindern, die meist schon mehrere Jahre in Deutschland zur Schule gingen, weiterer Deutschunterricht in den Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen verunmöglicht, trifft es zu, dass auch Erwachsene in den Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen keinen ehrenamtlich angebotenen Deutschunterricht besuchen dürfen bzw. kein Deutschunterricht ehrenamtlich angeboten werden kann und welche Personengruppen will die Staatsregierung beim Erlernen der deutschen Sprache behindern, wo doch gleichzeitig das Erlernen der deutschen Sprache im Ausland durch die Bundesregierung vielfach gefördert wird?

Rosi Steinberger

Ich frage die Staatsregierung, in welche Kategorie (Entwurfsklassen) nach den Richtlinien für die Anlage von Landstraßen (RAL)

- (GRU) ist die B12 in ihrem gesamten Verlauf eingestuft und gibt es Unterschiede in der Einstufung einzelner Abschnitte?
- Florian Streibl**
(FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, kann einem Journalisten und seinem Kamerateam die Erteilung einer Drehgenehmigung in einer Justizvollzugsanstalt zum Zwecke der Durchführung eines Interviews mit einem Gefangenen versagt werden, wenn der Gefangene hierzu ausdrücklich sein Einverständnis bzw. seine Einwilligung erteilt hat und wie würde es sich im umgekehrten Fall verhalten, wenn der Gefangene selbst einen entsprechenden Antrag bei der Anstaltsleitung stellen würde?
- Reinhold Strobl**
(SPD) Vor dem Hintergrund, dass das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr zum 1. März 2016 dem Polizeipräsidium Oberpfalz 45 neue Beamtinnen und Beamte zugeteilt hat und damit nach eigener Aussage die gesetzlichen Ruhestände ausgeglichen hat, tatsächlich aber in dem, dieser Zuteilung zugrunde liegenden Berechnungszeitraum 65 Beamtinnen und Beamte in den Ruhestand getreten (gesetzlich, auf Antrag oder aus sonstigen Gründen) sind, frage ich die Staatsregierung, ob tatsächlich nur noch die gesetzlichen Ruhestandsabgänge 1 : 1 nachersetzt werden, bzw., wie sie die, durch die sonstigen Pensionsabgänge frei werdenden Stellen besetzen will?
- Martin Stümpfig**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, wer erfasst die Zahl der berufsschulpflichtigen jugendlichen EU-Zuwanderer und der berufsschulpflichtigen jugendlichen Flüchtlinge in den jeweiligen Landkreisen, nachdem eine ministerielle Vorgabe fordert, dass Berufsschulen jederzeit über den Verbleib aller Asylbewerberinnen bzw. -bewerber und Flüchtlinge in ihrem Einzugsbereich auskunftsfähig sein müssen, und wer ist in diesem Zusammenhang dafür zuständig, dafür zu sorgen, dass für diese Jugendlichen, egal ob in Gemeinschaftsunterkünften oder Jugendeinrichtungen untergebracht, die Unterrichtskapazitäten bedarfsgerecht aufgestockt werden?
- Dr. Karl Vetter**
(FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, welche Abgrenzungskriterien sind nach der Novelle des Kommunalabgabengesetzes (KAG), die am 25. Februar 2016 in Zweiter Lesung behandelt wurde, zukünftig dafür ausschlaggebend, ob eine Kommune entweder Erschließungsbeiträge oder Straßenausbaubeiträge erheben kann, welche konkreten Änderungen ergeben sich diesbezüglich zur aktuellen Rechtslage und wann treten diese Neuregelungen im Einzelnen in Kraft?
- Dr. Paul Wengert**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, welche Abschnitte der Staatstraßen in den Landkreisen Ostallgäu, Oberallgäu und Lindau sowie der Stadt Kempten sind dringend sanierungsbedürftig und wann ist mit einer Sanierung zu welchen Kosten zu rechnen?
- Margit Wild**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtlinge werden aktuell in der Oberpfalz in welcher Form (Übergangsklasse, Regelklasse, Deutschförderkurs) in welcher Schule beschult?

Herbert Woerlein
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wird es im Schuljahr 2016/2017 für staatlich anerkannte berufliche Schulen die Möglichkeit geben, Klassen zur beruflichen Integration für berufsschulpflichtige Flüchtlinge, Geduldete, Menschen mit Abschiebeschutz und Asylbewerberinnen bzw. -bewerber ab 16 Jahren einzurichten, welche Ausbildungsinhalte werden diesen Schülerinnen und Schülern in den staatlich anerkannten beruflichen Schulen dann vermittelt und wie wird der Betriebskostenzuschuss für die anfallenden Kosten zur Unterstützung der staatlich anerkannten beruflichen Schulen in diesem Fall geregelt?

Isabell Zacharias
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche für den Geschosswohnungsbau geeigneten staatlichen Grundstücke des Freistaates Bayern in München und im Münchener Umland bestehen insgesamt, welche sollen zum Verkauf angeboten werden und zu welchem jeweiligen Zweck?

Benno Zierer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, im Hinblick auf den Entscheidungsprozess und die Abstimmung mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, wie viele weitere Ankunftszentren für Asylbewerberinnen und -bewerber in Bayern errichtet werden, in denen das optimierte Asylverfahren zur Anwendung kommen soll, welche Standorte dafür infrage kommen und wie die Standorte auf ihre Eignung hin bewertet werden?